

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Zwei-Säulen-Modell konsequent ausbauen - Echte Gleichwertigkeit zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule herstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Im Saarland wurde im Jahr 2001 durch die CDU-Alleinregierung die Schulzeitverkürzung am Gymnasium, das so genannte G8, ohne Vorlauf und Erprobung gegen den Widerstand vieler Eltern, Lehrer, Gewerkschaften und Bildungsorganisationen eingeführt. Die Kritiker am G8 befürchteten insbesondere eine Zunahme an Stress und Leistungsdruck durch die Schulzeitverkürzung, aber auch einen Verlust der Studierfähigkeit und Qualität der gymnasialen Bildung.

Bemängelt wurde ebenso die unzureichende Ressourcenausstattung der Schulen, einhergehend mit schlechten Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen.

Nachdem im Jahr 2009 die ersten Abiturienten das G8 absolviert hatten - G8 war somit flächendeckend ausgebaut - kam es zum Regierungswechsel im Saarland, wonach unter Beteiligung der Grünen auch Verantwortung für die Gestaltung des Bildungssystems im Saarland übernommen wurde.

Die damalige Regierung aus CDU, FDP und Grünen hatte im Jahr 2009 ein Schulsystem geerbt, das ungerecht war, soziale Disparitäten verstärkte und zudem mit unzureichenden Ressourcen ausgestattet war.

Eine politische und auch gesellschaftliche Mehrheit für eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium war infolge des bereits erfolgten G8-Endausbaus aber nicht in Sicht.

Allerdings war der Reformstau im Bereich der anderen Schulformen, die in ständiger Konkurrenz untereinander standen, erheblich. Bildungspolitischer Handlungsbedarf ergab sich somit in mehrfacher Hinsicht. Das achtjährige Gymnasium musste qualitativ verbessert werden und neben dem achtjährigen Gymnasium musste eine alternative Schulform aufwachsen, die mehr Chancengerechtigkeit ins System bringt durch einen gleichwertigen neunjährigen Bildungsgang bis zum Abitur.

Nach einer Verfassungsänderung 2011 im saarländischen Landtag entstand so das Zwei-Säulen-Modell mit dem Gymnasium und einer achtjährigen Schulzeit bis zum Abitur und der Gemeinschaftsschule mit einem neunjährigen Bildungsgang bis zum Abitur.

Ausgegeben: 07.10.2015

Die Nachfolgeregierung hatte 2012 das Zwei-Säulen-Modell übernommen und die Gemeinschaftsschule ist bis heute zur 8. Klassenstufe ausgebaut. Es fehlen allerdings weitere Verbesserungen am G8-Gymnasium und die konsequente Umsetzung der Gleichwertigkeit der beiden Schulformen Gymnasium und Gemeinschaftsschule.

In diesem Zusammenhang ist auch der Protest der „Elterninitiative G9 jetzt“ einzuordnen. Der Landtag nimmt den Protest der Elterninitiative sehr ernst und hat deshalb im zuständigen Bildungsausschuss eine Anhörung zum Thema „Rückkehr zum G9“ durchgeführt.

Im Ergebnis dieser Anhörung ist festzustellen, dass die meisten saarländischen Bildungsakteure bzw. bildungsrelevanten Organisationen und Interessenvertretungen weder eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 noch eine komplette Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium wünschen, sondern Verbesserungen im Schulsystem auf der Basis des eingeführten Zwei-Säulen-Modells fordern.

Vor diesem Hintergrund stellt der Landtag des Saarlandes fest:

Das Zwei-Säulen-Modell muss konsequent ausgebaut und eine echte Gleichwertigkeit zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule hergestellt werden.

Dazu fordert der Landtag die Landesregierung auf:

■ für das achtjährige Gymnasium:

- anstelle des Abbaus weiterer Lehrerstellen eine bedarfsgerechte Stellenausweitung vorzunehmen,
- die Lehrpläne qualitativ und quantitativ weiter zu überarbeiten,
- die Förder- und Unterstützungssysteme der Schülerinnen und Schüler auszubauen,
- das Projekt „Fördern statt Sitzenbleiben“ flächendeckend auf die Klassenstufen 7 und 8 auszuweiten,
- die Klassengrößen verbindlich auf maximal 25 Schüler festzulegen,
- den Unterrichtsausfall durch eine ausreichende Lehrerreserve zu reduzieren,
- verbindliche Betriebspraktika zur Berufs- und Studienvorbereitung einzurichten,
- gebundene Ganztagsgymnasien zu initiieren.

■ für die Gemeinschaftsschule:

- anstelle des Abbaus weiterer Lehrerstellen eine bedarfsgerechte Stellenausweitung vorzunehmen,
- Unterrichtsausfall durch eine ausreichende Lehrerreserve zu reduzieren,
- die Klassengrößen verbindlich auf maximal 25 Schüler festzulegen,
- eine Informationskampagne zur Gleichwertigkeit der Schulformen Gemeinschaftsschule und Gymnasium sowie des saarländischen Zentralabiturs durchzuführen,

- ein Oberstufenkonzept für alle Gemeinschaftsschulen vorzulegen und hierzu Informationsveranstaltungen mit den Schulträgern durchzuführen,
- die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen denen der Gymnasien anzugleichen,
- eine Gleichbehandlung mit dem Gymnasium bei der Zuweisung von Förderstunden aus dem „Projekt ProfIL“ zur individuellen Lernbegleitung der Schülerinnen und Schüler vorzunehmen,
- Schulsozialarbeit an jeder Gemeinschaftsschule einzurichten.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.